Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 82 (2002)
Heft: 12-1

Artikel: Aus den Arbeitsgruppen : Thesen und Berichte
Autor: Bieri, Françoise / Rubin-Lucht, Beatrix / Kappeler, Beat
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-166649

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Aus den Arbeitsgruppen: Thesen und Berichte

Gruppe I: Biologische Sicherheit – wie riskant die Welt ist

Françoise Bieri/
Beatrix Rubin-Lucht

Thesen:

Die Entdeckungen der Biowissenschaften bringen es mit sich, dass die Entwicklung neuer Dienstleistungen und Produkte, welche zur Lösung von aktuellen Problemen im Gesundheitswesen, in der Landwirtschaft, in der chemischen Industrie und im Umweltbereich beitragen, immer rascher vorangetrieben wird. So etabliert sich die industrielle Biotechnologie beispielsweise zunehmend in der chemischen Industrie, was für die Umwelt einen unbestreitbaren und messbaren Fortschritt mit sich bringt. Stellt man das Innovationspotenzial in Rechnung, so repräsentiert die Biotechnologie jenen Wirtschaftssektor, dessen Dynamik durch die eindrücklichste Zahl an geschaffenen «start ups» belegt wird. Die Investoren interessieren sich sehr dafür, ungeachtet der Tatsache, dass die finanziellen Erfolge gelegentlich auf sich warten lassen.

Aber es ist ohne Zweifel kein Zufall, dass die in den Medien am meisten umstrittenen Anwendungen ausgerechnet jene sind, welche gleichzeitig einerseits für bestimmte Gruppen attraktive Perspektiven eröffnen und anderseits in der Öffentlichkeit Unsicherheiten hervorrufen, besonders im Hinblick auf deren langfristige Folgen. Es sei hier lediglich auf die Entzifferung des menschlichen Genoms, auf die Xenotransplantation, auf die Gentherapie und auf das Klonen im Dienst der Human- oder Tiermedizin hingewiesen und natürlich auch auf die transgenen Pflanzen im Agro- und Ernährungsbereich. In der Schweiz werden, wie in zahlreichen anderen Ländern, die Vorteile und Risiken der Anwendung neuer Technologien im Rahmen von «Technology Assessment»-Programmen evaluiert. Ihr Ziel ist das bessere Erkennen von Chancen und Problemen und die Erarbeitung der notwendigen Entscheidungsgrundlagen im Hinblick auf geeignete Massnahmen und deren sinnvolle Handhabung.

Die Meinungsumfragen, die in der Schweiz und in Europa regelmässig durchgeführt werden, zeigen, dass die grosse Mehrheit sehr skeptisch bleibt und bestimmte Anwendungen der Biotechnologie, insbesondere im Agro- und Ernährungsbereich ablehnt. Bezüglich der Weiterentwicklung der Biotechnologie scheint es, dass die vorherrschende Meinung in der Zivilgesellschaft von der Meinung einer Mehrheit der Experten aus Wissenschaft und Industrie abweicht. Einer der Gründe für diese Meinungsdifferenz mag darin liegen, dass das Potenzial an Ungewissheit, das in dieser Technologie steckt, auf die einen zwar eine Faszination ausübt, bei vielen anderen aber keine Akzeptanz hat, weil für sie die Risiken (seien sie nun potenziell oder nachgewiesen) und die Unsicherheit im Zusammenhang mit gewissen Anwendungen im Vordergrund stehen.

Bis zu welchem Punkt ist es möglich, die Risiken auszuschalten und die Unsicherheiten einer gegebenen Anwendung vor ihrer Zulassung so zu reduzieren, dass diese akzeptabel wird? Die Schwierigkeit, diese Frage zu beantworten, hat die Experten und die Entscheidungsträger veranlasst, über das Wesen des Risikos nachzudenken, und es gibt sowohl über die Risikoevaluation als auch über den richtigen Umgang mit Risiken zahlreiche neuere Studien.

Aus diesen Studien geht hervor, dass die Experten und das breite Publikum weder dieselbe Wahrnehmung haben noch dieselben Massstäbe anwenden, wenn sie die Risiken beurteilen. Ferner kann man daraus entnehmen, dass die Menschen durchaus selbstgewählte Risiken akzeptieren, wenn es um den Genuss geht oder um die Vorteile, welche eine risikoreiche Handlung mit sich bringt (Rauchen oder eine Therapie befolgen). Sie akzeptieren auch Risiken, von denen sie den Eindruck haben, sie könnten sie beherrschen (Autofahren). Im Gegensatz dazu lehnen sie jene Risiken ab, die mit persönlichen, negativ gefärbten Wahrnehmungen verknüpft sind. Die transgenen Pflanzen fallen unter diese Kategorie: Ein «genetisch verändertes» Lebensmittel wird mit «Mutation» gleichgesetzt und mit etwas Künstlichem, deshalb halten es Dreiviertel der Menschen für ungesund bzw. schädlich (Studie Eurobarometer). Im deutschen Sprachgebiet hat man damit sogar den Namen «Frankenstein» assoziiert.

Die Arbeitsgruppe hat die verschiedenen Aspekte der Biowissenschaften und ihrer Anwendungen analysiert, bei denen der Einsatz wie auch deren Auswirkungen auf die Gesellschaft eine grosse Rolle spielen.

Françoise Bieri

Bericht:

Die öffentliche Akzeptanz der Gentechnologie ist im medizinischen Bereich grösser ist als im Ernährungs- und Landwirtschaftssektor. Diese grössere Akzeptanz hängt mit der unterschiedlichen Verteilung von Nutzen und Risiko, sowie mit dem Element der Wahlfreiheit zusammen. Wer zieht im agro-alimentären Bereich, wenn überhaupt, einen Nutzen aus der Bio- und Gentechnologie?

Die Grosskonzerne? Eine anonyme Weltbevölkerung? Und wer trägt das Risiko? Ich selbst, die mir sympathischen Bauern oder die Umwelt? Zweifellos besteht eine akzentuierte, um nicht zu sagen selektive Wahrnehmung des Risikos im Bereich der grünen Gentechnik. Der Versuch, Unsicherheit und Risiko in allen Bereichen gleichermassen wahrzunehmen und zu differenzieren, ist kaum von der Hand zu weisen. Die gesetzlichen Regelungen sollten einer realistischen Risikowahrnehmung angepasst und das Risiko nicht nur als ein unbekannter Schadensfall mit unbekannter Eintrittswahrscheinlichkeit, sondern auch als Chance definiert werden. Bei aller Aufklärung über Chancen und Risiken bleibt jedoch ein Unbehagen gegenüber der Wissenschaft, die einerseits Problemlösungen erarbeitet, die aber andererseits immer wieder Akteure hervorbringt, die bereit sind, alles Machbare auch zu tun und denen ein «kreatives» Misstrauen entgegengebracht werden muss.

Angesichts der Diskussion über die Biotechnologie am Beispiel der transgenen Pflanzen in der Schweiz scheint sowohl auf Seiten der Akteure als auch bei den Gegnern ein Spektrum divergierender Meinungen und ein nuanciertes Meinungsbild vorhanden zu sein. Daraus folgt, dass es sich nicht um eine Auseinandersetzung zwischen «Wissensträgern und Angstträgern» handelt und Wissen keineswegs mit Akzeptanz gleichgesetzt werden kann. Damit wird auch deutlich, dass Aufklärung mit der Absicht, Akzeptanz zu erreichen, nicht das Ziel der Befürworter einer neuen Technologie sein kann. Vielmehr müssen sich diese um einen wirklichen Dialog mit der Gesellschaft bemühen, der paraphrasiert werden kann mit «don't teach me, but talk to me» und noch weiterreichend «and listen to me», denn nur so kann das Votum der Nichtexperten den Inhalt des Dialogs mitbestimmen und Demokratie bereits im Vorfeld der Entscheidung geübt werden. Der Demokratie kommt hier eine zentrale Entscheidungsfunktion bei unüberwindbaren Meinungsverschiedenheiten zu, bei denen gesetzliche Regelungen unabdingbar sind. Im Bereich der Biotechnologie haben die Wissenschaftler jedoch über einen Zeitraum von 17 Jahren die Abwesenheit der Legislative mit eigenen Regelwerken, von der Gesellschaft unbeachtet, erfolgreich ausgeglichen.

Gesetzliche Regelungen und die internationale Ebene

Angesichts des globalen Charakters neuer Technologien stellt die internationale Harmonisierung national entwickelter Lösungen eine besondere Herausforderung dar. Dies wird deutlich, wenn man die unterschiedlichen Zulassungsverfahren für transgene Pflanzen in den USA und Europa vergleicht: In den USA ist eine Zulassung dann erforderlich, wenn im Zusammenhang mit der gentechnischen Veränderung DNS von potenziellen Pflanzenschädlingen oder -krankheiten verwendet wurde. Alleine der Umstand, dass eine Sorte mittels gentechnischen Methoden hergestellt wurde, löst also kein Zulassungsverfahren aus. Es handelt sich um ein «produktbezogenes Zulassungsverfahren». Dagegen müssen in der EU alle Pflanzensorten einem Bewilligungsverfahren unterzogen werden, sobald sie mit Hilfe der Gentechnik erzeugt wurden, ungeachtet der dadurch hervorgerufenen neuen Eigenschaften. Diesem Ansatz der «prozessbezogenen Zulassung» folgt auch die schweizerische Gesetzgebung. Nebst der internationalen, gesetzlichen Abstimmung, die sehr schwer zu erarbeiten ist, wurde auf den Einfluss der wirtschaftlichen Aktivitäten verwiesen, die gerade im Bereich der transgenen Pflanzen globale Auswirkungen haben und nationale Unterschiede teilweise nivellieren können. Die restriktive Haltung der schweizerischen Politik wurde einerseits als Chance gesehen des «nicht auch Tuns». Es wurde aber auch darauf verwiesen, dass die Gefahr besteht, dass die Schweiz durch zu grosse Passivität vom Akteur in der Technologie zum blossen Konsumenten derselben und ihrer Produkte wird. Entscheidungen in Bereichen, in denen wissenschaftliche Unsicherheiten bestehen, bereiten besondere Schwierigkeiten. Wenn die Experten keine einheitliche Meinung vertreten, haben die Entscheidungsträger die Wahl zwischen dem Verbot oder der Einführung der Technologie oder des Produktes trotz der Vorbehalte. Das Vorsorgeprinzip wurde als eine Methodologie angesprochen, die es möglicht macht, Unsicherheiten besser zu erfassen und angepasstere Entscheidungen zu treffen. Damit sollte in der Zukunft sowohl der Umgang mit, als auch die Akzeptanz von möglichen Risiken verbessert werden. In einem der Schlussvoten wurde darauf verwiesen, dass man nie alle Entwicklungen in der Biotechnologie antizipieren kann und dass man immer wieder neue Ansätze zum Umgang mit neuen Risiken entwickeln muss, ohne dabei die Freiheit des Standorts Schweiz aus den Augen zu verlieren. ✦

Beatrix Rubin-Lucht

Teilnehmerinnen und Teilnehmer:
Präsidentin: Dr. Françoise Bieri, Basel; *Berichterstatterin:* Dr. Beatrix Rubin-Lucht, Basel
Prof. Dr. Jean-Paul Aeschlimann, Montpellier; Nathalie Aeschlimann, Meilen; Dr. Roland Bilang, Zürich; Dr. Bernhard Cathomas, Chur; Dr. Jürg de Spindler, Altendorf; Dr. Ernst Homberger, Gossau; Dr. Klaus Hug, Bern; Dr. Christoph Koellreuter, Basel; Dr. h. c. Michael Kohn, Zürich; Dr. Thomas Maissen, Zürich; Dr. Christoph Meili, St. Gallen; Prof. Anne Petitpierre, Genève; Prof. Dr. Heidi Schelbert, Basel; Prof. Dr. Daniel Schümperli, Bern; Prof. Dr. Beat Sitter-Liver, Bern; Peter Steiner, Zürich; Dr. Martina Weiss, Zürich; Prof. Dr. Alexander J. B. Zehnder, Dübendorf; Jean Zwahlen, Genève

Gruppe II: Soziale Sicherheit – neue Wege

Beat Kappeler/ Robert Nef

Thesen:

Die Ausgaben für soziale Sicherheit beanspruchen in den kontinentaleuropäischen Ländern Anteile am Volkseinkommen, welche nicht «nachhaltig» sind. Sie lösen entweder die Probleme nicht, oder künftige Generationen können sie nicht aufbringen, oder sie verhindern die Wertschöpfung, welche nötig wäre.

Die Probleme: Die Rentensysteme im Umlageverfahren werden teuer durch die Schere zwischen immer weniger Beitragszahlern und immer mehr Rentenbezügern und durch zusätzliche Rentenjahre dank höherer Lebenserwartung. Die «Gesamtlastquote» (Kinderkosten und Renten) der Aktiven wird durch Kinderlosigkeit nicht wesentlich geringer. Aber die Kinderlosigkeit Europas erhöht vermutlich die Immigration. Diese wirft ihrerseits Fragen der Qualifikation und Ausbildung der Arbeitskräfte sowie des Zusammenlebens auf.

Die Lasten: Die Umlagesysteme Kontinentaleuropas (Ausnahme Schweiz, Niederlande, Schweden) haben hohe Beitragssätze auf den Löhnen gebracht (20 und mehr Prozent) und lassen dennoch unfinanzierte Rentenzusagen in der Höhe von etwa 150 Prozent eines Bruttosozialprodukts voraussehen (Deutschland, Frankreich, Italien). In der Schweiz wird die AHV nach 2010 Finanzierungsschwierigkeiten haben. An Lösungen vorgeschlagen sind: eingeschränkte Witwenrente, höhere Beiträge von Selbstständigen und Auslandschweizern, höheres Rentenalter, geringere Maximalrenten, höhere Mehrwertsteuer-Prozente als Beitrag, rentablere Anlage des AHV-Fonds, Einlage von Nationalbank-Gold in den Fonds.

Die Wertschöpfung wird durch die Rentensysteme verhindert, wenn die älteren Aktiven aus dem Arbeitsmarkt entfernt und verrentet werden, wenn die Lohnnebenkosten zu hoch sind, wenn Arbeitslosenversicherungen, Invalidenversicherung und Fürsorge die Aufnahme von Arbeit nicht ermutigen. Die meisten europäischen Sozialstützungen werden Punkt für Punkt zurückgenommen, wenn die Unterstützten selbst verdienen, was keinerlei Arbeitsanreiz darstellt. Ausserdem können Mitnahmeeffekte in Arbeitslosen- und Krankenversicherung auftreten. Der schwarze Arbeitsmarkt stellt ein Misstrauensvotum an den Staat dar, nicht durch Finanzimperien, sondern durch Putzfrauen und Samstags-Maurer.

Gleichzeitig verändern sich die abzudeckenden Risiken: In der Arbeitswelt nehmen individualisierte, befristete, flexibilisierte Verhältnisse zu, Arbeit im Auftrag statt im Zeitlohn verbreitet sich, dies führt oft zu Scheinselbstständigkeit. Die anlaufende Informationsrevolution eliminiert viele hergebrachte Vermittlerfunktionen. Die globalen, engen und raschen Verbindungen, Wertschöpfungsketten, Lagerhaltungssysteme haben die Konjunkturphasen in USA, Europa, Asien parallel gemacht. Das Ende der Wertpapierhausse der Neunzigerjahre, die Finanzkrachs verschiedener Länder des Südens stellen ebenfalls konjunkturelle Globalrisiken dar.

Das individuelle Armutsrisiko in den entwickelten Gesellschaften steigt mit der familiären Entsolidarisierung und zeigt sich nicht als «Klassenphänomen», sondern als Lebenszyklus-Problem der meisten Individuen (Ausbildung, Familiengründung, Arbeitslosigkeit, Scheidung, Alleinerziehen, Alter, Alleineleben, Immigration usw.).

In der Schweiz haben wir gegenwärtig die Chance, gleichzeitig die AHV (11. Revision), das Pensionskassengesetz (BVG), die IV, die Arbeitslosenversicherung revidieren zu können, und in einer Parlamentskommission wird eine Stützung für «working-poor»-Familien vorbereitet.

Beat Kappeler

Bericht:

In der Gruppendiskussion zum Thema «Soziale Sicherheit – neue Wege» haben sich eine Fülle von wertvollen Analysen und neuen Gesichtspunkten ergeben, von denen hier nur eine Auswahl resümiert wird.

Ausgangspunkt waren folgende Feststellungen: Die Sozialversicherung muss dann einspringen, wenn sich die Menschen im Alter oder wegen Invalidität, Krankheit oder sonstiger Hilfebedürftigkeit nicht mehr eigenständig durchs Leben bringen können. Die Regulierungen im Arbeitsmarkt und die Arbeitslosenversicherung sollen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor untragbaren Risiken des wirtschaftlichen «Lebensunternehmertums» schützen. Eine grosse Zahl von Menschen ist heute den Schwierigkeiten einer dauernden flexiblen Anpassung an den raschen Wandel von einer Industrie- zu einer Dienstleistungsgesellschaft nicht, bzw. noch nicht gewachsen. Der «mündige Mensch» bleibt in vielerlei Hinsicht immer noch eher ein Postulat als eine Tatsache.

Daraus ergaben sich folgende Gesichtspunkte: Das Leben kann heute generell in drei Abschnitte gegliedert werden: Eine Erziehungs- und Lernzeit von 0–30, eine Zeit wirtschaftlicher Produktivität von 30–60 und eine Zeit der Musse im Alter von 60–90, wobei es gute Gründe gibt, daraus nicht ein starres allgemeinverbindliches Schema zu machen, sondern individuelle Flexibilität zuzulassen und zu fördern. Lebenslanges Lernen, früheres Eintreten ins Erwerbsleben durch

Mischformen des «learning by doing» und durch individuelle Weiterführung wirtschaftlicher und sozialer Aktivitäten im Alter können die negativen Auswirkungen des Dreiphasenmodells zwar mildern, aber nicht beseitigen. Alle drei Phasen haben ihre spezifischen Probleme, aber eine Verbesserung der Nachhaltigkeit bedingt in erster Linie einen Veränderungsbedarf im Zusammenspiel der Phasen und Funktionen. Eine Schlüsselrolle spielt dabei das Bildungswesen, in welchem jenes Humankapital bereitgestellt wird, das eine bessere Koordination und Kooperation ermöglicht.

Die mittlere Generation steht vor der Herausforderung, mit ihrer Produktivität die beiden anderen Phasen nachhaltig zu finanzieren. Da die sogenannten «aktiven Jahrgänge» zunehmend auch im demokratischen Entscheidungsprozess eine Minderheit bilden, sind zusätzliche Ungleichgewichte und soziale Spannungen zu erwarten. Eine effiziente Sozialpolitik, welche der Minderheit der Erwerbstätigen genügend Anreize für Produktivität und Wachstum bietet, verlangt möglicherweise nach neuen Formen der Meinungsbildung (z.B. gewichtetes Stimmrecht).

Die Ausgaben für soziale Sicherheit beanspruchen in den kontinentaleuropäischen Ländern Anteile am Volkseinkommen, welche nicht nachhaltig sind. Grosse Systeme wie die auf dem Umlageverfahren aufgebaute AHV und die kapitalgedeckte berufliche Vorsorge (BVG) schaffen zunächst für alle gleichzeitig kollektive Sicherheit um den Preis der Abhängigkeit von diesen Systemen und um das Risiko, dass beim Zusammenbruch dieser Systeme die grosse Mehrheit Not leidet. Das schweizerische Dreisäulenprinzip verteilt diese Risiken allerdings wiederum auf verschiedene Teilsysteme, sodass daraus in einem «Mix» eine gewisse Robustheit resultiert, die auch eine schrittweise Anpassung an neue Gegebenheiten und Trends ermöglicht. Alle Vorsorgesysteme beruhen letztlich auf verschiedenen Spielarten des Vertrauens. Wer an den Staat glaubt, vertraut auf das Umlageverfahren, wer an die Werterhaltung bzw. Wertvermehrung in kollektiven oder individuellen Anlagen glaubt, vertraut auf kapitalgedeckte Renten oder Ersparnisse, wer an sich selbst glaubt, investiert in sein Humankapital, wer an die Familie und an die nächste Generation glaubt, investiert in die Erziehung und Ausbildung seiner Kinder. Die Robustheit solcher Mischformen von Vertrauen und Misstrauen hat allerdings auch den Nachteil, dass die Zusammenhänge in einem Netz von Solidaritäten und Absicherungen wenig transparent bleiben. Die Politik und die organisierten wirtschaftlichen Interessen nutzen diese Unübersichtlichkeit als eine Chance zur Machtausübung und Popularitätssteigerung durch attraktive Angebote an einzelne Anspruchsgruppen, deren Kosten auf Dritte, bzw. auf kommende Generationen überwälzt werden. Bei aller Sympathie für die robuste Unübersichtlichkeit «gezielter» Sozial- und Arbeitsmarktpolitik wurden auch plausible Gründe für einen grundsätzlichen Systemwechsel in Richtung «negative Einkommenssteuer» und effiziente generelle übersichtliche Solidaritätssysteme ohne Bedürftigkeitsnachweis vorgebracht. In eine andere Richtung zielt der Vorschlag, alle individuellen Sozialbezüge in einem «carnet social» transparent zu dokumentieren. Eine generelle Abkoppelung der Sozialpolitik von der Wirtschafts-, Gesundheits- und Bildungspolitik könnte deren Effizienz und Transparenz steigern, ohne dass damit automatisch ein Sozialabbau verbunden wäre. Ihr Ausbau und Umbau wäre im politischen Entscheidungsprozess transparent mit den Kostenfolgen für die Finanzierung zu verbinden, was eine Alternative zum unkontrollierten Ausbau einzelner, z.T. ineffizienter Kleinsysteme bilden könnte. ✦

Robert Nef

Teilnehmerinnen und Teilnehmer:
Präsident: Dr. h. c. Beat Kappeler, Herrenschwand; *Berichterstatter:* Robert Nef, Zürich
Heinz Allenspach, Fällanden; Prof. Dr. Giorgio Behr, Buchberg; Fritz Blaser, Basel; Dr. Jacqueline Burckhardt, Zürich; Gilbert Coutau, Genève; Prof. Dr. Reiner Eichenberger, Fribourg; Katja Gentinetta, Lenzburg; Dr. Peter Gross, Zürich; Dr. Max Gsell, Bern; Dr. Thomas Held, Zürich; Katharina Hoby-Peter, Zürich; Markus Hofmann, Zürich; RAin Margit Huber-Berninger, Zürich; Annemarie Lanker Hablützel, Bern; Avv. Marina Masoni, Bellinzona; Susanne Oberholzer, Felben-Wellhausen; Avv. Luigi Pedrazzini, Bellinzona; Andreas Rieger, Zürich; Martino Rossi, Bellinzona; Dr. Marcel R. Savioz, Zürich; Prof. Dr. Bernd Schips, Zürich; Prof. Dr. George Sheldon, Basel; Dr. Martin Wechsler, Blauen; Martin Wegelin, Dübendorf; Dr. Pierre Weiss, Genève; Myrtha Welti, Zürich

Arbeitsgruppe III: Geld und Sicherheit

Thesen:

Konrad Hummler/ Cinderella Vassiliadis

Geld ist der kleinste gemeinsame Nenner der modernen Volkswirtschaft. Geld wird von den Notenbanken geschöpft und der Wirtschaft zur Verfügung gestellt. Die Gelder der verschiedenen Notenbanken bilden ein weltweites System von Währungen, die in der Mehrheit untereinander fungibel sind. Geld wird durch das Kreditwesen vervielfacht und beherrscht das Wirtschaftsleben in umfassender Weise.

Geld ist das Substrat, mit dem der Austausch von Gütern und Dienstleistungen stattfindet, Geld bildet das Bezugssystem zur Feststellung des relativen Wertes von Gütern und Dienstleistungen; mit Geld wird Kapital an die einzelnen Wirtschaftssubjekte alloziert; mittels Geld kann das Individuum seinen Konsum zeitlich vorziehen oder aufschieben, und schliesslich ist Geld auch das Mittel zur Äufnung und Steuerung des Staatshaushalts.

Geld ist nie sicher. Bewahrt man es in Form von Münzen oder Noten auf, wird man leicht zum Opfer von Eigentumsdelikten. In Phasen der Teuerung verliert man Kaufkraft. Wird Geld in der einen oder anderen Form investiert, dann unterliegt es den verschiedenartigsten Gefahren wie z.B. dem Gegenparteirisiko, Marktrisiken, unternehmensspezifischen Risiken oder dem Zinsrisiko. Jede Anlage, und sei es auch das einfachste Sparkonto einer kleinen Bankfiliale, birgt Kerne solcher Risiken in sich. Zwischen der Höhe der Risiken und dem Preis, der für die Hingabe von Geld entrichtet wird, besteht ein positiver Zusammenhang.

Der Wunsch nach Sicherheit entspricht dem Bedürfnis des Menschen nach voraussehbaren Verhältnissen und Bewältigbarkeit von Unvorhergesehenem. Geld erhöht durch die Möglichkeit des Konsumaufschubs und durch erzielte Renditen von Anlagen die Planbarkeit künftiger Vorgänge und die Fähigkeit, mit Unvorhergesehenem umzugehen. Dies ist Eigenkapital. Je höher sein Anteil an den Bilanzen von Unternehmungen und von privaten Individuen, desto höher ist die Sicherheit im definierten Sinne.

Die Sicherheit durch Eigenkapital wirkt aber nur soweit, als künftige Herausforderungen durch Geld auch lösbar sind. Existenzielle Fragen wie psychisches Wohlbefinden, Glück, aber auch Krankheit und Tod entziehen sich ganz oder teilweise dem Wirkungsbereich von Geld.

Geld ist Teil des politischen Systems und ist deshalb den Risiken, wie sie die Politik mit sich bringt und schafft, ausgesetzt. Konfiskation mit brachialer Gewalt, überhöhte Steuern oder Inflationierung sind die typischen Mittel des politischen Systems, Geld für seine Zwecke zu missbrauchen. Selbst demokratische Staatsformen sind vor einem Abdriften in diesbezügliche Praktiken nicht gefeit.

Bislang haben viele Individuen ihre politischen Geldrisiken durch Kapitalflucht in Drittländer (offshore) reduziert. Die weltweiten Harmonisierungsbestrebungen und die Tendenz zu immer weniger Währungen stellt diese Diversifikationsstrategie grundsätzlich in Frage.

Konrad Hummler

Bericht:

Die Arbeitsgruppe diskutierte als Kernfrage, in welcher Weise Geld einen Beitrag bei der Suche nach Sicherheit leisten kann.

Die Auseinandersetzung mit der Geldwirtschaft als System erfordert zunächst eine Differenzierung der Wirtschaft in eine reale und monetäre Welt. Die monetäre Welt steht im Dienst der realen Welt und soll einen stabilen Rahmen für die Funktionsfähigkeit der realen Welt gewährleisten. In dem zeitlichen Mismatch der Ströme aus realer und monetärer Welt wurzelt eine der Hauptursachen für die systembedrohende Instabilität. Insbesondere gilt es auch zu klären, ob der private oder der öffentliche Sektor stabiler ist. Sollen monetäre Mittel eingesetzt werden, um die privaten Instabilitäten zu kompensieren? Wie reagiert der private Sektor auf staatliches Fehlverhalten? Es stellt sich gegenwärtig auch die Frage, ob wir uns in einer nachfrageseitig induzierten Rezession befinden. Der Einsatz von allfälligen Mitteln und deren Eignung ist derzeit ungeklärt.

Will man das Finanzsystem hinsichtlich seines Beitrags zur Generierung von Sicherheit beurteilen, sind folgende Konstellationen zu beobachten: Die Aufrechterhaltung der Kaufkraftstabilität als oberstes Postulat einer wirkungsvollen Geldpolitik wird durch neue politische Herausforderungen, Instabilitäten des Privatsektors und die gleichzeitige Forderung nach mehr Gesamtstabilität in Frage gestellt. Inflationsbekämpfung scheint gelöst zu sein, nicht hingegen die Frage nach der Gesamtstabilität des Systems. Bedarf es dazu einer Aufsichtsbehörde oder reguliert sich der Markt am besten selbst? Die Existenz eines Regelwerks ist umstritten, da dessen Detaillierungsgrad oft zu weit geht. Daher sollte man sich auf Minimumstandards beschränken, wenn gleichzeitig der Konkurs als zentrales disziplinierendes Ereignis bestehen bleibt. Die Notwendigkeit einer Aufsichtsbehörde impliziert keinen Freibrief für ein unübersichtliches, erschöpfendes Regelwerk. Zuviel Schutz durch Regeln könnte auch dazu führen, dass die Funktion der Aufsichtsbehörde als «lender of last resort» von einigen Marktteilnehmern dahingehend interpretiert wird, unverhältnismässig hohe Risiken auf Kosten des Systems einzugehen. Dieses Moral Hazard-Phänomen ist mitunter auch in der kontrovers geführten Debatte um die Präsenz des Internationalen Währungsfonds aufgetaucht, der als globale Aufsichtsbehörde in vielen Krisenländern destabilisierend gewirkt hat.

Das Modell der «Optimum Currency Areas» sollte neu hinterfragt werden. Neben den Divergenzen von realer und monetärer Welt führen strukturelle Unterschiede zwischen den einzelnen Nationen zu einer erneuten Kritik an der Subsumierung heterogener Volkswirtschaften unter

eine einheitliche Geldpolitik. Die globale Einheitswährung scheitert an der wirtschaftlichen Realisierbarkeit dieser Theorie sowie dem Faktum, dass Geld ein politisches Produkt bleibt und dass es auf globaler Ebene eben keinen adäquaten Kontrollprozess gibt.

Aus dem Blickwinkel der Vorsorge erhält das Thema «Geld und Sicherheit» praktische Relevanz. Wie sicher kann Vorsorge sein? Demographische und gesellschaftliche Veränderungen stellen die bestehenden Vorsorgesysteme in Frage; Überalterung, Verkürzung der Lebensarbeitszeit und technischer Fortschritt sind nur einige der Einflussfaktoren. Die Vorsorge sollte sich auf ein Portfolio von Vorsorgearten abstützen. Das Drei-Säulen-Prinzip der Schweiz dient vielen Nationen als Vorbild, birgt aber auch strategische Gefahren, wie z.B. dass sich im Falle einer Sozialunion im Rahmen der EU-Harmonisierung Trittbrettfahrer auf Kosten der fortschrittlicheren Nationen bereichern.

Kritisch bleibt die Frage der Finanzierung. Im Grunde genommen finanziert das Individuum seine Vorsorge selbst, sei es indirekt über Lohnverzicht oder direkt über aktives Sparen. Die AHV ist bereits jetzt gleichzusetzen mit einer Steuer, da man oft mehr zahlt, als man je erhalten wird. Die Umverteilung des BSP durch den Staat ist längst nicht mehr als selbstverständlich zu sehen. Die künftige Realisierbarkeit der zweiten Säule bedingt eine hohe Produktivität, welche in der Schweiz selbst nur noch schwer zu finden ist. Insofern spräche einiges für eine regional diversifizierte kapitalgedeckte Altersvorsorge, weil die Schweiz als Nettogläubiger gegenüber der Welt so auf indirektem Weg von den positiven wirtschaftlichen Entwicklungen im Ausland profitieren und ihre Renten über den Kapitalmarkt finanzieren könnte.

Die kapitalgedeckte Vorsorge stellt eine Alternative dem auf dem Generationenvertrag basierenden Umlageverfahren dar. Zu überlegen wäre eine opting-out Variante, d. h. das Individuum entscheidet eigenverantwortlich, welche der drei Säulen es für seine Altersvorsorge verwenden möchte. Dieser Individualismus würde jedoch zu Lasten der allgemeinen Solidarität gehen. Politische Probleme sind vorhersehbar, wenn die Gesellschaft durch Überalterung und Geburtenrückgang weiterhin destabilisiert wird und der Staat seine Verpflichtungen gegenüber dem Bürger nicht mehr finanzieren kann. Geld bietet also nur eine Antwort auf die Frage der Altersvorsorge, weitere Elemente sind vor allem die Eigenverantwortung und die familiäre Vorsorge.

Geld hat eine zweite evolutionäre Ebene geschaffen. Langfristig führen die Risiken trotz mancher Krise zu mehr Stabilität. Doch für den Umgang mit den neuen Gegebenheiten bedarf es einer Neugestaltung der bisherigen Mission. Freilich bleibt die Frage zu stellen, wie sie aussehen kann und wer sie entwickeln sollte.✦

Cinderella Vassiliadis

Teilnehmerinnen und Teilnehmer:
Präsident: Dr. Konrad Hummler, St. Gallen; *Berichterstatterin:* Dr. Cinderella Vassiliadis, St. Gallen
Prof. Dr. Jörg Baumberger, St. Gallen; Heinrich Christen, Zürich; HM Ambassador Basil Eastwood, Bern; Corinne Erni, Wittenwil; Dr. Beat M. Fenner, Zumikon; Dr. Marcello Foa, Milano; Prof. Dr. Bruno Gehrig, Zürich; Prof. Dr. Dr. Albert Huch, Zürich; Prof. Dr. Martin Janssen, Zürich; Philippe Lévy, Bern; Prof. Dr. Josef Marbacher, Baden; Philipp A. Müller, Niederuzwil; Urs B. Rinderknecht, Zürich; Dr. Eugen Schmid, Zürich; Dr. Alfonso Tuor, Lugano; Prof. Guido Vestuti, Como; Silvia von Ballmoos, Frauenfeld; Dr. Dr. Guido von Castelberg, Zürich; Dr. Rudolf Walser, Zürich; Prof. Dr. Heinz Zimmermann, St. Gallen; Betty Zucker, Zürich

Arbeitsgruppe IV: Geopolitische Sicherheit

Zur Lage/Thesen:

Kurt Spillmann/ Petra Y. Barthelmess

Die Bedingungen von «Sicherheit» sind nicht wirklich objektivierbar. Hinter dem Begriff der Sicherheit steht die subjektive Beurteilung der Wahrscheinlichkeit des Eintretens einer unerwünschten Veränderung des Ist-Zustandes bzw. eines Störfalles. Dementsprechend enthält auch eine Beurteilung der geopolitischen Sicherheit einen grösseren Anteil an nicht reduzierbarer subjektiver Beurteilung.

Folgende strukturelle Entwicklungen werden die geopolitische Sicherheit der kommenden Jahre beeinflussen:

Demographie und Migration: Die bis zum Jahr 2015 auf 1,2 Milliarden geschätzte Bevölkerungsvermehrung erfolgt zu 95 Prozent in den Entwicklungsländern Asiens, Afrikas, des Nahen und Mittleren Ostens und Lateinamerikas. Ungünstige Lebensumstände in diesen Ländern lassen den Migrationsdruck durch Scharen junger männlicher Arbeitsloser ansteigen. Es ist zu erwarten, dass die neuen Zuwanderer in der ersten Welt an der Aufrechterhaltung ihrer eigenen kulturellen, sprachlichen und religiösen Identität festhalten wollen und dass daraus Sicherheitsprobleme in verschiedensten Erscheinungsformen entstehen können.

Ökonomie: Das bis zum Jahr 2015 erwartete Wirtschaftswachstum wird regional ungleich ausfallen und wiederum die Länder der ersten Welt am günstigsten beeinflussen, wogegen die Verlierer die armen und ärmsten Nationen Afrikas, des Nahen und Mittleren Ostens und Asiens sein werden.

Informationstechnologie und Globalisierung: Die technologische Entwicklung wird zur Verbreiterung des Grabens zwischen den bereits wohlhabenden und den armen Nationen beitragen.

Forschung: Neue Forschungsentwicklungen in den Bereichen Nanotechnologie, Genetic Engineering, Künstliche Intelligenz und Roboter werden uns nicht nur forschungspolitisch, sondern auch sicherheitspolitisch beschäftigen müssen. Individuen und Kleingruppen können grösstes Gewalt- und Destruktionspotenzial akkumulieren. Dagegen hinkt die Erforschung der Grundlagen des menschlichen Denkens, Handelns und Fühlens – also der Voraussetzungen des Handelns, das diese potenziell gewaltigen Instrumente handhabt – noch weit hinten nach. Die Neuentwicklungen der Militärtechnologie, die vor allem in den USA bereitgestellt wurden, können die Sicherheit der ersten Welt ebenso wenig garantieren wie seinerzeit die Doktrin der massiven (nuklearen) Vergeltung.

Ressourcen: Die industrialisierte Welt wird weiterhin von fossilen Energieträgern abhängig bleiben, und die USA werden viel daran setzen, den Zugang zu diesem kritischen Rohstoff im Bereich der islamischen Länder offen zu halten.

Ökologie: Langfristig wird die Bedrohung der biologischen Lebensgrundlagen als fundamentale Gefährdung allen Lebens an Bedeutung gewinnen bzw. die Menschheit wird herausgefordert sein, kooperativ die grossen gemeinsamen Probleme wie Luftverschmutzung, Verfügbarmachung von genügend Trinkwasser für eine wachsende Menschheit, Klimadestabilisierung usw. anzugehen.

Jeder dieser strukturellen Trends bewegt sich in seinem eigenen Tempo. Ihr Zusammenwirken ist nicht berechenbar und die menschliche Vorstellungskraft reicht auch heute noch nicht aus, um sich die real eintretende Zukunft vorzustellen.

Die politisch-regionalen Sicherheitsprobleme können wie folgt beurteilt werden:

USA: Das für unerschütterlich gehaltene Selbstbewusstsein und die für eben so unerschütterlich gehaltenen Sicherheitspositionen der USA sind durch die Terroranschläge vom 11. September 2001 schwer in Mitleidenschaft gezogen worden. Zwar ist Amerikas militärische und wirtschaftliche Macht in keiner relevanten Weise getroffen worden, jedoch haben es die brutalen Verletzungen durch fundamentalistische Terroristen vermocht, bisher eingehaltene soziale Normen wirkungsvoll zu brechen und damit Verunsicherung und Angst in der amerikanischen Bevölkerung zu verbreiten. Im aktuellen Konflikt zwischen den USA und einem terroristischen Netzwerk zeigen sich in exemplarischer Weise die neuen Eigenschaften der «asymmetrischen Gewaltkonflikte» des 21.Jahrhunderts.

Europa: Für die nächste Zeit ist in Europa die Weiterentwicklung der europäischen Integration von grösster Bedeutung. Die Terroranschläge des 11. September haben die Beziehungen zu Russland, die durch die Thematik des nuklearen Abwehrschirmes Anfang 2001 belastet waren, fühlbar entspannt. Allerdings wird der Transformationsprozess Russlands zum Rechtsstaat noch lange Zeit in Anspruch nehmen.

Der Balkan wird als Unruheregion noch auf sehr lange Zeit nicht ohne internationale Beaufsichtigung «existieren» können. Die Frage Albaniens – zunehmend auch «safe haven» für Terroristen und die internationale Drogenmafia – wird sich in naher Zukunft in den Vordergrund schieben.

Naher und Mittlerer Osten: Man wird mit einer Fortsetzung blutiger Konfrontationen auf absehbare Zeit leben müssen. Die Radikalisierung unter den Palästinensern ist islamistischen Terrororganisationen anzulasten. Aber auch die harte Politik Sharons und die Unnachgiebigkeit in der Siedlungsfrage deuten auf weitere Konfrontationen hin. Bemerkenswerterweise sind Syrien, der Irak und Saudiarabien und Ägypten praktisch frei von Erscheinungen des organisierten Islamismus. Diese Länder haben ihre Islamisten längst mit harter Hand unterdrückt und vertrieben, finanzieren aber deren Organisationen im Ausland in verdeckten Kanälen. Die westlichen Länder – insbesondere die USA – werden ihre Freundschaft insbesondere zu Saudiarabien überprüfen müssen. Es wird dabei wichtig sein, die klare Unterscheidung zwischen Islam und Islamismus nicht aus den Augen zu verlieren. Nach wie vor besteht in den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens mit Ausnahme Israels keinerlei Aussicht auf Entwicklung von echter Demokratie.

Afrika: Afrika versinkt weiterhin in Korruption, Misswirtschaft, Krankheit (Aids) und Bürgerkriegen. Die Aussicht auf wirtschaftliche Verbesserungen, auf Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sind sehr gering. Südafrika stellt die Ausnahme von diesem weitverbreiteten allgemeinen Trends dar.

Asien: Afghanistan leidet unter den Folgen des Krieges, und eine friedliche Lösung ist noch nicht absehbar. Pakistans Lage ist prekär. Der Militärdiktator Musharaf scheint zwar zur Zeit noch sicher im Sattel und hat sich auch bereit erklärt, die Unterstützung der Amerikaner in ihrem Kampf gegen den Terrorismus zu unterstützen. Indien verhält sich in dieser Lage

rücksichtsvoll und ruhig. Bemerkenswert ist die vorsichtige Politik der Volksrepublik Chinas gegenüber dem internationalen Terrorismus.

Schweiz: Die Schweiz ist von den Terroranschlägen des 11. September in New York und Washington ebenfalls betroffen, da sie auch zur modernen, säkularisierten Welt des Westens, d. h. zur Zielgruppe der Terroristen gehört. Sicherheitspolitisch werden zweierlei Konsequenzen gezogen: Auf der einen Seite wird vertreten, dass nunmehr noch klarer sei, dass kein einzelnes Land im Zeitalter der Globalisierung eine rein nationale Politik betreiben und sich hinter nationalen Grenzen verschanzen könne. Die Wertordnung der Uno und des Westens müssten kooperativ gesichert werden. Auf der andern Seite wird geltend gemacht, dass es nun erst recht gelte, sich neutral zu verhalten, um sich aus den Konflikten anderer heraushalten zu können.

Kurt Spillmann

Bericht:

Der 11. September hat den seit Jahrzehnten innerhalb der islamischen Welt bestehenden Konflikt direkt in unsere Welt hineingetragen. Der Westen hatte seit geraumer Zeit mit terroristischen Anschlägen gerechnet. Theoretisch war man sich des Gefahrenpotenzials des islamistischen Terrorismus bewusst. Überrascht und traumatisiert ist man heute vom Ausmass an Gewalt und Hass. Man ist schockiert über die eklatante Missachtung sozialer Rechtsnormen und über die offensichtlich gewordene Verwundbarkeit der offenen Gesellschaft. Was waren die Hintergründe dieses Anschlags? Was war die Botschaft der Attentäter? Was hat sich seither geändert? Wo können Lösungen gefunden werden? Die Diskussion – ganz im Banne des 11. September – war tendenziell von kaum abweichenden Meinungen geprägt.

Ist der Anschlag vom 11. September mit dem Motiv der «ausgleichenden Gerechtigkeit» zu erklären? Im Zuge der Globalisierung hat sich ein Strukturwandel vollzogen, der durch alle Gesellschaftsschichten hindurchgeht und von dem alle Länder der Welt betroffen sind. Die Übermacht des Westens seit dem Ende der bipolaren Weltordnung und die in ihrem verstärkten Unilateralismus seither immer offenkundiger werdende Dominanz der USA gelten in vielen Teilen der Welt als Ursache für die als negativ empfundenen politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen. Die Hintergründe des islamistischen Extremismus liegen in dem zunehmenden Verlust der kulturellen Eigenständigkeit und in dem Gefühl der Überrumpelung und Demütigung durch den Westen. Der aus einer Position der Ohnmacht und der Schwäche geführte Versuch, eigene Traditionen zu bewahren, endet vielfach in einer Rückwärtsgewandtheit, in einer Radikalisierung und in einer nach aussen gerichteten Aggression.

Welches sind nun die Lösungen? Welches sind die kurz- und langfristigen Mittel zur Bewältigung dieser Krise? Der 11. September stellt einen Anschlag in einem Weltbürgerkrieg dar, der nur mit den Mitteln der Weltinnenpolitik befriedet werden kann. Der Militäreinsatz in Afghanistan ist keine Lösung. Durch flächendeckende Bombardierungen kann das weltweite Netz der Terrororganisationen nicht zerschlagen werden. Im Gegenteil – je länger der Krieg dauert, desto mehr führt er zu einer Destablisierung der islamischen Welt und insbesondere Pakistans. Kurzfristig ist ein gezielter limitierter Polizeieinsatz in engster Zusammenarbeit mit der arabischen Welt, dem Ideal nach eine weltpolizeiliche Aktion, das angemessene Mittel für die Verfolgung der für den 11. September verantwortlichen Personen. Zivilisationsterror ist Bestandteil der globalisierten Welt. Es liegt im Interesse aller Staaten, den Terrorismus in seine Schranken zu weisen. Die Bemühungen dürfen die Welt nicht in zwei Lager teilen – in jenes des sogenannt «zivilisierten» und rachsüchtigen Westens und in jenes des sogenannt «rückständischen» und hilflosen Orients. Sie müssen derart kommuniziert werden, dass sie auch in der islamischen Welt als ein gerechtfertigter gemeinsamer Kampf für die Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung angesehen werden.

Längerfristig muss im Westen eine grundsätzliche Neuorientierung erfolgen. Wie konnte ein derartiger Hass entstehen? Warum haben wir ihn so lange nicht wahrgenommen? Gefordert wird die schnellstmögliche Lösung des Israel-Palästina-Konflikts, wobei Europa eine wichtige Vermittlerrolle übernehmen sollte. Europa hat wichtige strategische Interessen im Nahen Osten. Die erschreckende Abkehr weiter Teile der arabischen Bevölkerung vom Westen und ihre zunehmend feindseliger werdende Haltung stellen für Europa, schon wegen seiner geographischen Nähe, eine grosse Gefahr dar. Gefordert wird ferner eine grundsätzliche Selbstreflexion im tieferen Sinne und eine ernsthafte Auseinandersetzung mit der Welt der sogenannt «Anderen».

Der Ausgang dieser Krise wird zeigen, ob man gemeinsam den Terrorismus mit wirksamen Mitteln zu bekämpfen vermag und ob der Westen und die USA in speziellen sich durch eine vermehrte Offenheit und Sensibilität gegenüber den Bedürfnissen der übrigen Welt auszeichnen werden. Werden Vielfalt und Toleranz, Kooperation und Austausch die prägenden Elemente der neuen Weltordnung sein? Oder wird sich der Gegensatz verschärfen? Werden Überwachung und Misstrauen, Radikalisierung und Konfrontation, Missmut und Ausgrenzung die Welt von morgen prägen? Grosse Umbrüche gibt es selten in der Geschichte. Der 11. September stellt einen derartigen dar. Was die Entscheidungsträger dieser Welt aus diesem Ereignis machen, liegt in

ihren Händen. Das Ziel muss die Aufrechterhaltung der offenen Gesellschaft sein. Die Einrichtung einer Weltgemeinschaft, in welcher verschiedene Werte gelebt werden können und den anderen genügend Raum gewährt, ihre Identität zu bewahren; eine Gemeinschaft, deren Massstab aller Dinge in der Erhaltung der menschlichen Würde liegt; eine Gemeinschaft, die sich durch eine grösstmögliche Toleranz auszeichnet; eine Gemeinschaft, deren Toleranz aber dort endet, wo ihre ureigene Existenz in Frage gestellt wird. ✦

Petra Y. Barthelmess

Teilnehmerinnen und Teilnehmer:
Präsident: Prof. Dr. Kurt R. Spillmann, Zürich; *Berichterstatterin:* Petra Y. Barthelmess, lic. phil., Zürich
Dr. Hans Bachofner, Uitikon-Waldegg; Prof. Dr. Jean-Claude Badoux, Lausanne; Eleonore Baumberger, St. Gallen; Prof. Dr. Franz Blankart, Pampigny; Jean Pierre Bonny, Bremgarten; Jack Brunnschweiler, Wiesendangen; Jacqueline Fendt, Basel; Manuel Graf, Münchwilen; Jean-Claude Hefti, Yverdon-les-Bains; Dr. Peter Jankowitsch, Wien; Philippe Jung, Zürich; Dr. Fulcieri S. Kistler, Barbengo/TI; Prof. Dr. Georg Kohler, Zürich; Filippo Lombardi, Melide/TI; Pierre Mirabaud, Genève; Michele Moor, Lugano; Franz Muheim, Altdorf; Adrian Rappold, Zürich; Daniel Reuter, Zürich; Alfred Rüegg, Strasbourg; Prof. Dietrich Schindler, Zollikon; Prof. Dr. Peter Stadler, Zürich; Dr. Rudolf Staub, Winterthur; Georg Stucky, Baar; Dr. Theodor M. Tschopp †; Dr. Marianne von Grünigen, Basel; Martin von Orelli, Bern

Gruppe V: Religion als Sicherheit

Thesen:

Käthi La Roche / Michael Wirth

Es gehört zur «condition humaine», dass der Mensch nicht umweltgebunden, sondern weltoffen ist; er ist ganz und gar ins Offene gewiesen und gezwungen, seine Bestimmung immer wieder zu suchen. Zur «condition humaine» gehört auch, dass menschliches Leben begrenzt und vergänglich, anfällig und verwundbar ist. Menschen sind von Geburt an zum Sterben bestimmt, nichts ist so gewiss wie der Tod. Aber gerade das, was mit grösster Sicherheit eintreten wird, ist gleichzeitig Quelle grösster Verunsicherung und Ängste: Alles Sein ist vom Nichtsein bedroht.

Was bedeutet und will Religion angesichts der Weltoffenheit und Freiheit des Menschen, aber auch angesichts der Begrenztheit seiner Existenz? Es gibt viele verschiedene Ereignisse in jedem Menschenleben, die dem Individuum die Bedrohtheit seiner Existenz bewusst machen. Freudige, aber noch mehr leidvolle Erfahrungen machen deutlich, dass das Leben nicht planbar ist; zufällige Begegnungen, Krankheiten, Verluste, Wendungen des Schicksals, die alles verändern und das Dasein seines Sinnes berauben oder aber es mit neuem Sinn erfüllen, bleiben niemandem erspart.

Religionen deuten solche Ereignisse und Erfahrungen, indem sie diese einordnen in eine bestimmte Plausibilitätsstruktur. Ohne eine solche (es gibt allerdings auch säkulare, nichtreligiöse Sinnsysteme) verfiele der Mensch dem Wahnsinn. Religionen leisten – in verschiedenen Kulturen auf je verschiedene Weise – einen wesentlichen Beitrag zur gesellschaftlichen Kontingenzbewältigung und zur Vergewisserung des Individuums in seinem durch vielfache existenzielle Bedrohungen verunsicherten Dasein.

Neben der durch die «condition humaine» bedingten «natürlichen» Bedrohtheit des Lebens gibt es eine Reihe weiterer Faktoren, die Menschen verunsichern: Insbesondere ein beschleunigter Wandel sozialer und kultureller Verhältnisse und gesellschaftlicher Wertvorstellungen, bedingt durch Katastrophen, Krisen und Kriege oder durch besondere Technologieschübe, die der Menschheit nicht nur neue Möglichkeiten eröffnen, sondern immer auch grosse Risiken bergen. In Zeiten solcher Erschütterungen bestehender Wirklichkeitskonstruktionen und Wertesysteme kommt es immer wieder zu fundamentalistischen Reaktionen, nicht nur im Christentum. Fundamentalisten bieten Menschen einfache Antworten auf komplexe Fragen, d.h. Sicherheit um den Preis einer gefährlichen Reduktion der Wirklichkeitswahrnehmung und Intoleranz gegenüber Andersdenkenden und Andersgläubigen.

Dagegen – zumindest im Christentum und insbesondere unter den Protestanten ist das so – macht eine gesunde Religiosität und ein erwachsener Glaube eher Mut in einer immer komplexer werdenden Welt offene Fragen offen zu lassen und mit Unsicherheiten zu leben, auf Vertrauen hin und ohne immer und überall schon fertige Antworten und Lösungen bereit zu haben. Vielleicht muss aus religiöser Sicht sogar die Frage gestellt werden: Wieviel Risiko braucht der Mensch? Und nicht nur die Frage: Wie kriegen wir möglichst alle Risiken in Griff, wie minimieren wir Gefahren, wie lösen wir alle Probleme?

Eine Tatsache ist es, dass Menschen in stark antwortbezogenen Glaubenssystemen, Ideologien und fundamentalistischen Gruppen, die alles, was sie bedroht, aussen lokalisieren und aussen bekämpfen, oft paranoide Ängste entwickeln. Oder dass Menschen, die wie wir in unserer westlichen Zivilisation ein relativ risikoarmes Leben führen, sich enorm bedroht fühlen durch gewis-

sermassen «virtuelle» Gefahren wie z. B. die Zerstörung der Ozonschicht, der Umwelt überhaupt, von Katastrophen teilweise apokalyptischer Dimension. Religion kann Menschen keine Sicherheit geben, sondern sie lediglich ermutigen und befähigen, Risiken und die damit verbundenen Ängste und Unwägbarkeiten des Lebens zu ertragen im Vertrauen auf, im Glauben an Gott.

Religion und Sicherheit – das geht nicht zusammen, jedenfalls nicht im Kontext christlicher Tradition. Vielmehr muss die Kirche in allen Lebensbereichen, in denen Sicherheit zum höchsten Wert erklärt wird, deutlich machen, dass für Christen andere Optionen prioritär sind, z. B. Gerechtigkeit, Frieden, Bewahrung der Schöpfung. Für Christen geht es darum, jeder Zweckrationalität zu widerstehen und die richtigen Fragen zu stellen. Christliche Religion wagt das Risiko des Glaubens in einer Welt, in der es keine letzten Sicherheiten gibt. Ob solcher Glaube glaubwürdig ist, zeigt sich allein daran, zu welchem Handeln er führt. Die Glaubwürdigkeit von christlicher Religion und christlicher Kirche misst sich daran, wie und wo sie sich einmischt. In allen angeschnittenen Lebensbereichen, ob es um soziale Sicherheit geht, ums Geld, um Bio- oder andere Technologien oder um geopolitische Fragen, geht es aus religiöser Sicht immer wieder um die Frage der Ethik – und da hätte Religion ein Wort mitzureden, – auch wenn es ein verunsicherndes sein sollte.

Käthi La Roche

Bericht:

Dass eine gemeinsame Religion das Zusammenleben der Völker nicht sicherer macht, ist ein historisches Faktum. Während die deutschen Soldaten Koppelschlösser mit der Aufschrift «Gott mit uns» trugen, bläuten die französischen Offiziere ihren Truppen ein, dass Gott allein mit Frankreich sei. Ebenso wahr ist es auch, dass Kriege zwischen Völkern mit gleicher Religion häufig auch im Namen der gemeinsamen religiösen Werte beendet wurden. So beschworen am Ende des iranisch-irakischen Krieges beide Parteien den gemeinsamen Glauben an Allah. Die katholische Kirche etwa darf aus heutiger Sicht als die Haupttriebfeder für die Aussöhnung zwischen Deutschland und Frankreich gelten. Vor dem Hintergrund der Attentate des 11. September stellt sich die Frage, welche religiösen, geistigen, wirtschaftlichen und politischen Quellen das Aggressionspotenzial des fundamentalistischen Islams alimentieren. Sind die Attentate Ausdruck religiösen Wahns oder von Irreligiosität (Jürgen Mannemann)?

Beide Haltungen scheinen – vor dem Hintergrund der ungünstigen wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen einiger arabischer Staaten – eine Aussöhnung mit westlicher Weltanschauung nicht zuzulassen. Der Terror selbst ist im Sinne einer «Terroratio» (J. Ph. Reemtsma) die neue identitätsstiftende Kraft einzelner Kollektive innerhalb der Gesellschaft einiger Staaten der arabischen Welt geraten. Diese Kraft will sich zwar religiös legitimieren, kann dies jedoch nur mittels eines eklektischen Umgangs mit dem Schriftgut des Islams tun. Wenn unter Religion ein (von einem Gott kommendes) Symbolsystem verstanden wird, das die ganze Gesellschaft durchdringt und auf ihre Frage Antworten liefert, die mit der Realität der Gesellschaft deckungsgleich sind, so versuchen die Fundamentalisten aller Religionen den Gläubigen klar zu machen, dass die Realität ihrer Gesellschaft eigentlich eine von fremden Werten bestimmte ist, von der sie befreit werden müssen. Der islamische Fundamentalismus rekrutiert seine Anhänger denn auch aus wirtschaftlich gescheiterten oder schlechter gestellten Menschen der Mittelschicht, die mit westlichen Werten in Kontakt gekommen sind und diese nun verantwortlich machen. Die Frage, ob nicht in vielen weniger wohlhabenden arabischen Staaten in den letzten Jahren aufgrund andauernder Wirtschaftskrisen diese Mittelschicht weggebrochen ist und die Zahl der Enttäuschten gewaltig angewachsen ist, hat durchaus ihre Berechtigung, wie auch im Übrigen die Frage, ob nicht die dem Islam ursprünglich nicht inhärente, sich in den letzten Jahrzehnten aber zunehmend vollziehende «Verkirchlichung» (zu der auch die Vermittlung des Korans durch Mullahs gehört), ein neues Autoritätsgefüge geschaffen hat, das eine wesentliche Konstituente des Fundamentalismus ist.

Dass Gottes Wort, um zu den Gläubigen zu gelangen, nicht durch Dritte vermittelt werden müsse, um wirken zu können, ist Teil einer gängigen Religionskritik, zu der auch die Frage gehört, ob ein friedliches und ethisches Zusammenleben religiöser Menschen nicht auch ohne Gott möglich ist. Gott hat sich aber als diejenige Instanz erwiesen, die eine Antwort auf das Unerklärliche und zu den letzten Dingen gibt, und damit ist Gott für die Konstitution von Sicherheit und Geborgenheit in einer Religion letztlich überhaupt der entscheidende Faktor. Denn Gott ist in allen monotheistischen Religionen die Erlöserinstanz, die den Einzelnen dazu anhält, moralisch zu sein. In dieser Instanz kann sich das Individuum spiegeln um zu erkennen, wozu es berufen ist. Allerdings tritt mit Gott auch die Frage des Wahrheitsanspruches, den eine Religion stellen darf, auf den Plan, und die «Wahrheit» macht den Umgang mit religiöser Toleranz so kompliziert. In der Herleitbarkeit der höchsten und einzigen Wahrheit über das Gottesverständnis mag jene Sicherheit angelegt sein, jenes Aufgehobensein des Individuums in der Religion resp. in einem religiösen Kollektiv liegen, das Friedfertigkeit und ethische Überlegenheit generiert. Als Beispiel mag hier die Haltung der Bekennenden Kirche zum Nationalsozialismus die-

nen, die den Anspruch Gottes an das Individuum höher setzte als den Anspruch des Staates. Zugleich ist der Absolutheitsanspruch, der an die Bedeutung Gottes gestellt wird, die Keimzelle von nach aussen (und auch nach innen) getragener Aggression. Wenn eine Religion glaubt, ihr Sinngebungsangebot sei gerecht, fühlen sich ihre Mitglieder und die anderer Religionen sicher. Diesem Konzept ist wesentlich, dass auch andere Religionen ein Existenzrecht haben. Es gilt heute in allen monotheistischen Religionen. Wenn eine Religion aber glaubt, ihre Sinngebung sei die einzig richtige – und dies ist letztlich nur durch theologische Neuinterpretationen und einen eklektischen Umgang mit ihren Schriften möglich, wird die eigene Sicherheit und die anderer religiöser Gemeinschaften aufs Spiel gesetzt. Die Kultur der Moderne ist eine Kultur, welcher der gelingende Umgang mit der Differenz eigen ist. ✦

Michael Wirth

Teilnehmerinnen und Teilnehmer:
Präsidentin: Käthi La Roche, Zürich; *Berichterstatter:* Dr. Michael Wirth, Zürich
Jeanne Barras Zwahlen, Genève; Dr. Tiziano Balmelli, Fribourg; Dr. Corrado Bianchi Porro, Como; Dr. Rolf Bloch, Muri; Dr. Josef Bruhin SJ, Zürich; Dr. Harold H. Chipman, Zürich; Dominik Feusi, Basel; Reinhard Frei, Balgach; Stefan Kuchelmeister, Zürich; Rudolf Lutz, St. Gallen; Hervé Mariton, F-Crest; Stephane Montangero, Lausanne; Heinz Müller, Zürich; Dr. Monika Notter, Zürich; Dr. Jörg N. Rappold, Zürich; Dr. Pier-Luigi Roncoroni, Adliswil; Stina Schwarzenbach, Zürich; Prof. Dr. Eduard Stäuble, St. Gallen; Dr. Cornelia Vogelsanger, Zürich

Teilnehmerliste / Participants

Hauptreferenten / Rapporteurs principaux / Main Speakers

Khalid Durán, Prof., Autor, Herausgeber der Vierteljahresschrift «TransIslam»
Hans Küng, Prof. Dr., Theologe
Gottfried Schatz, Prof. Dr., Präsident Schweizerischer Wissenschafts- und Technologierat

Gruppenpräsidenten / Présidents des groupes / Chairpersons of Workshops

Françoise Bieri, Dr., Directrice du B.I.C.S. - Biotechnologie: Information und Kommunikation des Schwerpunktprogramms Biotechnologie des Schweizerischen Nationalfonds
Konrad Hummler, Dr., Geschäftsführender Teilhaber Wegelin & Co., Bankiers
Beat Kappeler, Dr. h.c., Autor «Weltwoche» und «Le Temps»
Käthi La Roche, Pfarrerin, Grossmünster Zürich
Kurt R. Spillmann, Prof. Dr., Leiter Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse, ETH Zürich

Teilnehmer / Participants / Participators

Prof. Dr. Jean-Paul Aeschlimann, Montpellier, Consul de Suisse, Président UAS France, Président des Suisses de France
Nathalie Aeschlimann, Meilen
Heinz Allenspach, Fällanden, a. NR, a. Direktor Schweizerischer Arbeitgeberverband
Dr. Hans Bachofner, Uitikon-Waldegg, Divisionär a.D.
Prof. Dr. Jean-Claude Badoux, Lausanne, Président, Réseau suisse d'innovation SNI-RSI
Dr. Tiziano Balmelli, Fribourg, Université de Fribourg
Jeanne Barras Zwahlen, Genève, Senior Economist, Crédit Suisse Private Banking
Petra Barthelmess, lic.phil., Mitarbeiterin Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse, ETH Zürich
Prof. Dr. Jörg Baumberger, St. Gallen, Leiter, Volkswirtschaftliche Abteilung Universität St. Gallen
Eleonore Baumberger, St. Gallen, Ressortleiterin «Aktualität», St. Galler Tagblatt
Prof. Dr. Giorgio Behr, Buchberg, VR-Delegierter, Bircher-Reglomat Gruppe
Dr. Corrado Bianchi Porro, Lugano, Redattore economico, Giornale del Popolo
Dr. Françoise Bieri, Basel, Direktorin, B.I.C.S. - Biotechnologie Information und Kommunikation des Schwerpunktprogramms Biotechnologie des Schweizerischen Nationalfonds
Dr. Roland Bilang, Zürich, Geschäftsführer, InterNutrition Zürich
Prof. Dr. Franz A. Blankart, Pampigny, Staatssekretär a.D., Limited Partner, Mirabaud & Cie. Banquiers, Genève (Panel)
Fritz Blaser, Basel, Präsident, Schweizerischer Arbeitgeberverband
Dr. Rolf Bloch, Courtelary, VR-Präsident Chocolats Camille Bloch S.A., Ehem. Präsident, Schweizerischer Israelitischer Gemeindebund
Jean-Pierre Bonny, Bremgarten, alt Nationalrat, Fürsprecher
Dr. Josef Bruhin, SJ, Zürich, Theologe, Redaktor «Orientierung»
Jack Brunnschweiler, Wiesendangen, a.Zentralpräsident Neue Helvetische Gesellschaft